

8. April 2024



Forderungen der europäischen Kommunalwaldbesitzer für die Europawahlen 2024

Die nachhaltige Bewirtschaftung der europäischen Wälder basiert auf der Berücksichtigung der Multifunktionalität der Wälder. Für die Umsetzung dieser Grundsätze ist neben qualifiziertem Forstpersonal ein ständiger Erfahrungsaustausch im europäischen Kontext notwendig, um Interessenkonflikte zu lösen und lokale Besonderheiten zu berücksichtigen.

Die FECOF als Interessenvertretung der kommunalen Waldbesitzer erfüllt diese Ziele und vertritt die Interessen des Kommunalwaldes auf europäischer Ebene. Die FECOF entwickelt Ziele für den Kommunalwald im demokratischen Sinne und trägt zur nachhaltigen Erhaltung dieser Wälder bei. Die nationalen Verwaltungen der Mitgliedsländer sorgen dafür, dass die Multifunktionalität und die verschiedenen ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionen berücksichtigt werden. Alle vorgenannten Aspekte der Waldfunktionen sind für einen bürgernahen Wald von entscheidender Bedeutung.

Wetter und Klima verändern sich rasant, und das betrifft auch die Wälder. Die kommunalen Waldbesitzer sind jedoch auf die zukünftigen Herausforderungen gut vorbereitet und befürworten die Umsetzung der beschriebenen Grundsätze mit dem langfristigen Ziel, regionale Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum zu sichern, ohne die Umwelt zu schädigen. Die europäische Forst- und Holzwirtschaft erwirtschaftet eine jährliche Bruttowertschöpfung von insgesamt 1,1 Billionen Euro. Dies entspricht der Wirtschaftsleistung Spaniens. Sie sichert 17,5 Millionen Arbeitsplätze. Das bedeutet, dass jeder 16. Arbeitsplatz in Europa direkt oder indirekt mit der Forst- und Holzwirtschaft verbunden ist.

Um diesen Anspruch und die Ziele für die Zukunft zu erfüllen, brauchen die europäischen Kommunalwaldbesitzer eine praktikable Regelung durch die EU. Wir fordern daher Folgendes:

1. Bürokratieabbau ernst nehmen und übergreifende EU-Regelungen begrenzen

Angesichts der Herausforderungen, die die Anpassung der europäischen Wälder an den Klimawandel mit sich bringt, ist eine Vielzahl von Lösungen erforderlich. Diese Lösungen müssen immer an die lokalen Gegebenheiten angepasst werden. Allgemeine und sehr restriktive Top-down-Vorgaben verhindern die Vielfalt der Wälder und die Lösungen derer, die sie bewirtschaften. Die europäischen Wälder sind zu vielfältig, um mit nur einer einzigen Lösung geregelt zu werden. Das Prinzip der Subsidiarität ist hier von entscheidender Bedeutung.

2. Pragmatischere, konsequentere und praxisnahe Regulierung, die bezahlbar bleibt

Bevor die EU-Kommission Rechtsnormen im Bereich der Wälder erlässt, muss künftig stärker auf die tatsächlichen Auswirkungen in anderen Bereichen geachtet werden. Insbesondere müssen belastende wirtschaftliche Auswirkungen vermieden werden. Die verschiedenen Bewirtschaftungsauflagen in der Forstwirtschaft führen zu erheblichen monetären Einbußen, die angesichts der ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Situation der Forstbetriebe durch klimabedingte Schäden nicht mehr tragbar sind. Ein finanzieller Ausgleich findet in der Regel nicht statt oder ist zumindest nicht abschließend geklärt.

3. Systemisches Denken und Handeln im Hinblick auf die vielfältigen Leistungen des Waldes

Um die vielfältigen Leistungen des Waldes zu würdigen, ist es wichtig, ganzheitlich zu denken und zu handeln. Neben seinem Beitrag zum Klimaschutz erbringt der Wald ein breites Spektrum an ökologischen Leistungen. Die Waldpolitik sollte darauf abzielen, ein Gleichgewicht zwischen diesen Leistungen herzustellen, anstatt sich ausschließlich auf einzelne Aspekte wie die Biodiversität zu konzentrieren. Eine umfassende und nachhaltige Waldbewirtschaftung sollte sowohl ökologische als auch soziale und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigen.

Es ist bedauerlich, dass der Unterausschuss des Europäischen Parlaments oft einseitige politische Initiativen fördert, die sich ausschließlich auf die biologische Vielfalt konzentrieren. Ein solcher einseitiger Fokus sollte überdacht und der Aufgabenbereich des Ausschusses auf ein angemessenes Maß reduziert werden, um eine ausgewogenere Berücksichtigung verschiedener Politikbereiche zu gewährleisten.

4. Wir brauchen eine wissenschafts- und faktenbasierte Forstpolitik

Die Debatte über die Forstpolitik ist emotionalisiert und polarisiert, Fakten werden oft ignoriert. Einige politische Akteure verteidigen ihre Positionen mit übertriebenem Alarmismus. Es ist wichtig, zu einem sachlichen Diskurs zurückzukehren und eine nachhaltige Waldbewirtschaftung auf wissenschaftlicher Grundlage zu unterstützen. Bei der Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED III im Jahr 2023 war ursprünglich beabsichtigt, sämtliches Waldholz für die energetische Nutzung als "nicht erneuerbar" zu definieren, was wissenschaftlichen Erkenntnissen widerspricht. Eine solche Umsetzung hätte die Nutzung von Waldholz als erneuerbare Energiequelle behindert und den Übergang zu klimastabilen Wäldern erschwert.

5. Motivation der Waldbesitzer und ihre Beteiligung an der Politikentwicklung

Rechtliche Standards wurden oft ohne die Einbeziehung der lokalen Waldbesitzer festgelegt. Ein partnerschaftlicher Dialog auf EU-Ebene ist notwendig, wird aber durch die Umstrukturierung der technischen Ausschüsse behindert. Die EU-Verordnung zur entwaldungsfreien Lieferkette zielt beispielsweise darauf ab, die illegale Abholzung zu stoppen, was im Prinzip positiv ist. Allerdings stellt die geplante Umsetzung in einigen FECOF-Mitgliedsländern ein kleines Problem dar, da hier kaum illegale Abholzung stattfindet. Der drohende bürokratische Aufwand ist unverhältnismäßig, wenn er pauschal für alle Mitgliedsländer gilt, und wird viele Waldbesitzer ausschließen. Entscheidend ist, dass die nationale Umsetzung angemessen und pragmatisch ist, so dass ein Spielraum für eine risikogerechte Ausgestaltung besteht.

6. Die EU muss wieder attraktiver für qualifizierte Arbeitskräfte werden und dies auch langfristig bleiben

Wir fordern verstärkte Investitionen in die Ausbildung und Beschäftigung von Fachkräften in der Forstwirtschaft in ganz Europa, um eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder zu gewährleisten und den Herausforderungen des Klimawandels und der zunehmenden Waldbrände wirksam zu begegnen. Wir glauben, dass die EU in dieser Hinsicht eine

besondere Verantwortung trägt, da grenzüberschreitende Beschäftigung in der Forstwirtschaft bereits gang und gäbe ist.

In vielen europäischen Regionen gibt es zahlreiche Zentren, die eine hochqualifizierte forstwirtschaftliche Ausbildung anbieten. Zentren, die in der Lage sind, zukünftige Forstwirte in unserer Region auszubilden. Es wäre notwendig, die beruflichen Möglichkeiten dieser Studenten und ihre Chancen auf einen hochwertigen Arbeitsplatz mit Mehrwert in der Forstwirtschaft im Bereich der Europäischen Union zu verbessern.

7. Wir fordern die Ausweitung, Koordinierung und Förderung der Anstrengungen der Mitgliedsstaaten im Waldbrandschutz

Es ist dringend notwendig, den Waldbrandschutz in Europa zu stärken. Dazu gehören Investitionen in präventive Maßnahmen wie Brandüberwachungssysteme, verbesserte Infrastruktur und die Ausbildung von Einsatzkräften. Darüber hinaus muss die grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensiviert werden, um auf Waldbrände effektiv reagieren zu können und ökologische und wirtschaftliche Schäden zu minimieren. Andernfalls werden wir in Zukunft vielerorts das Ökosystem Wald und damit die umfangreichen Ökosystemleistungen, die kostenlos zur Verfügung gestellt werden, dauerhaft gefährden.

8. Organisation zur Umsetzung der Forderungen und Gewährleistung einer einheitlichen europäischen Forstpolitik

Um die oben genannten Anforderungen zu gewährleisten, ist es notwendig, innerhalb der neuen Europäischen Kommission eine neue Direktion einzurichten, die für die Erfüllung der europäischen Forstpolitik verantwortlich ist und dem Kommissar für Landwirtschaft unterstellt wird.

FECOF, als kommunaler Waldbesitzerverband auf EU-Ebene, betont die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit. Europa ist eine Quelle von Lösungen für viele Herausforderungen und stärkt weltweit grundlegende Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Integration Europas ist ein integraler Bestandteil der politischen und wirtschaftlichen Identität der FECOF-Mitgliedsländer. Um Europa voranzubringen, müssen Schwachstellen erkannt und Verbesserungen angestrebt werden.

Die FECOF fordert eine Überarbeitung der EU-Forstpolitik, die eine nachhaltige und umweltverträgliche Bewirtschaftung ermöglicht, ohne Einschränkungen aufzuerlegen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle von den Wäldern erbrachten Ökosystemleistungen anerkannt werden, um eine nachhaltige Bewirtschaftung zu gewährleisten. Geschieht dies nicht, hätte dies schwerwiegende ökologische und wirtschaftliche Folgen und würde künftige Generationen belasten. Die FECOF hofft, dass die Stimme der europäischen kommunalen Waldbesitzer auf EU-Ebene in Zukunft stärker gehört wird.